



Protokoll Nr. 39

Sitzung von Donnerstag, 6. Juli 2000, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident René Zimmermann

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Annette Brunner
Peter Bühler
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Othmar Feller
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Ruedi Hofer
Urs Jaberg
Daniele Jenni
Alfred Jordi

Michael Jordi
Heinz Junker
German Kalbermatten
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Markus Lüthi
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch
Lydia Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger

Erich Ryter
Annemarie Sancar
Doris Schneider
Beat Schori
Rolf Schuler
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Michael Straub
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Catherine Weber
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Sven Baumann
Konrad Bossart

Stephan Hügli
Liselotte Lüscher

Rosmarie Okle Zimmermann

Vertretung des Gemeinderats:

Claudia Omar
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Kurt Wasserfallen

Traktanden

| | | |
|-----|--|-----|
| 1. | Einbürgerungsgesuche vom 30. Mai 2000 | 164 |
| 1.a | Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (Rüegsegger/Bossart) | -- |
| 1.b | Ersatzwahlen in die Spezialkommission Rechtsetzung (von Ballmoos/Baumann, Maillard/Rüegsegger) | -- |
| 1.c | Ersatzwahl in die Reformkommission NSB (Straub/Baumann) | -- |
| 2. | Initiative „Reitschule für alle“ (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) (Kropf/Guggisberg) | 151 |
| 3. | Lärmschutz und Gestaltungsmaßnahmen an der Kapellenstrasse; Baukredit (Blaser/Guggisberg) | 152 |
| 4. | Umgestaltung des Casinoplatzes: Projektierungskredit (Müller/Guggisberg) | 153 |
| 5. | Projekt Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Jahresbericht 1999 (FIKO/GPK/Baumgartner) | 147 |
| 6. | Überführung der Badebetriebe in eine neue Organisation; Grundsatzentscheid (Madl Kubik/Frösch) | 306 |
| 7. | Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Hügli, Jaberg, Suter): Meldet sich der Gemeinderat aus der Finanzpolitik ab? (Frösch) | 177 |
| 8. | Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Hans-Ulrich Suter / Christoph Stalder): Wohnen in Bern: Sauberes Naherholungsgebiet Rosengarten (Guggisberg) | 175 |
| 9. | Postulat Fraktion GB/JA! (Annette Brunner, JA!): Teilnahme Berns am europäischen „Car Free Cities“-Tag (Wasserfallen) | 167 |
| 10. | Postulat Raymond Anliker (SP): „En ville, sans ma voiture“ – Der 22. September 2000 ist autofrei – in Europa und in Bern! (Wasserfallen) | 168 |

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident *René Zimmermann*: Ich habe Ihnen den Rücktritt von Marcel Fankhauser bekanntzugeben, der infolge eines Wohnortwechsels aus dem Stadtrat ausscheidet. Marcel Fankhauser ist am 19. Januar 1995 in den Rat eingetreten. Seit Beginn des Jahres 1997 gehörte er der Einbürgerungskommission an. Ich danke Herrn Fankhauser herzlich für sein Engagement in diesem Rat. Vorne aufliegend finden Sie einen Brief von Fürsprecher Urs Pfister, der sich zum Traktandum 2 äussert. Übrigens trage ich heute das GALOP-Gilet, das ich anlässlich meiner Wahl als Stadtratspräsident geschenkt bekommen habe. Bezüglich der Traktandenliste schlage ich vor, die Traktanden 9 und 10 zusammen zu behandeln.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 30. Mai 2000

Antrag Nr. 164

Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den nachgenannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen, das Bürgerrecht der Stadt Bern zuzusichern.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

| | |
|------------------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 66 |
| eingelangte Stimmzettel | 66 |
| davon leer oder ungültig | 0 |
| in Berechnung fallende Stimmzettel | 66 |

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

1.a Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission

Ratspräsident *René Zimmermann*: Für den zurücktretenden Konrad Bossart (CVP) ist Kurt Rüeegsegger (FPS) zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluss

Der Rat wählt Kurt Rüeegsegger (FPS) stillschweigend als Mitglied der GPK.

1.b Ersatzwahl in die Spezialkommission Rechtsetzung

Ratspräsident *René Zimmermann*: Für die Ausscheidenden Kurt Rüeegsegger (FPS) und Sven Baumann (GFL) sind Eva von Ballmoos (GFL) und Anton Maillard (CVP) zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluss

Der Rat wählt Eva von Ballmoos (GFL) und Anton Maillard (CVP) stillschweigend als Mitglieder der Spezialkommission Rechtsetzung.

1.c Ersatzwahl in die Reformkommission NSB

Ratspräsident *René Zimmermann*: Für den ausscheidenden Sven Baumann (GFL) ist Michael Straub (EVP) zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluss

Der Rat wählt Michael Straub (EVP) stillschweigend als Mitglied der Reformkommission NSB.

2 Initiative Reitschule für alle (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)

Antrag Nr. 151

1. Der Stadtrat empfiehlt der Gemeinde mit .. Ja- gegen .. Nein-Stimmen bei .. Enthaltungen, die Initiative "Reitschule für alle" abzulehnen.
2. Die Botschaft an die Gemeinde wird genehmigt.

Für die PVK spricht *Blaise Kropf* (JA!): Die vorliegende Initiative wurde 1997 lanciert, nachdem der Stadtrat den Gemeinderat mit der Ausarbeitung einer Sanierungsvorlage beauftragt hatte. Die Sanierungsvorlage ist allerdings schneller als die Initiative vorangekommen und wurde vor einem Jahr vom Stimmvolk gutgeheissen. Die Initiative fordert den Erlass einer Überbauungsordnung Reitschule mit folgenden Elementen: Realisierung eines überregionalen Einkaufszentrums, Einschränkung der kulturellen und sozialen Nutzung auf 30% der Bruttogeschossfläche sowie Bau eines Parkhauses mit 500 Parkplätzen. Die kulturelle Nutzung würde in die Obergeschosse der grossen Halle verlegt. Das Initiativkomitee hat potentielle Investoren bis heute nicht genannt. Der Gemeinderat hat im Januar 1999 die Initiative für ungültig erklärt und ist damit dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung gefolgt. Dieses hatte argumentiert, dass die Initiative wegen der fehlenden Umweltverträglichkeit sowie wegen zu unpräziser Bestimmungen zum Denkmalschutz nicht genehmigungsfähig sei. Tatsächlich kam eine Voruntersuchung zum Schluss, dass die Umweltverträglichkeit gerade bezüglich des Parkhauses nicht gegeben sei. Trotz einer tiefen demokratischen Überzeugung kann man Verständnis für das Vorgehen des Gemeinderats haben. Man muss

aber auch anerkennen, dass er auf eine Beschwerde beim Bundesgericht verzichtet hat und nun über die Initiative abgestimmt werden kann. Im Vortrag des Gemeinderats wird geäußert, dass der Gemeinderat für alternative Nutzungen, insbesondere der grossen Halle, offen sei. Da der Gemeinderat darunter auch eine Nutzung im heutigen Sinn versteht, kann nicht von einer alternativen Nutzung gesprochen werden. Die PVK empfiehlt dem Stadtrat die Initiative mit 7 zu 4 Stimmen zur Ablehnung. Auf die Botschaft, die Anträge der PVK und den erwähnten Brief werde ich in der Detailberatung näher eingehen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Regula Keller* (GB): Wir lehnen die Initiative ab und teilen die Meinung des Gemeinderats. Die Initiative beabsichtigt, die kulturelle und soziale Vielfalt der Reitschule zu zerstören, um sie einer kommerziellen, mit Kultur verbrämten Nutzung zuzuführen. Das Konzept der Initiative widerspricht dem STEK und den Bemühungen, den Verkehr in der Stadt zu reduzieren. Auch Investoren sind keine in Sicht, die die Projekte umsetzen würden. Der Gemeinderat hat recht, wenn er die Initiative nicht weiter juristisch bekämpft. In einem Schreiben vom Büro Dr. Meyer werden nun neue Beschwerden angedroht, falls die Botschaft nicht in der verlangten Weise abgeändert werde. Der Gemeinderat hat aber das Recht, seine Meinung zur Initiative klar zu äussern.

Für die Fraktion SVP spricht *Thomas Fuchs* (JSVP): Der RGM-Mehrheit ist es gelungen, die erste Etappe der Sanierung mit knapper Mehrheit durch die Volksabstimmung zu bringen, wobei der Text so abgefasst war, dass die Stimmberechtigten davon ausgehen mussten, dass die Reitschule nach der Abstimmung wieder einen ordentlichen Anblick bieten würde. Das war auch die Motivation eines Teils der Stimmberechtigten für ihre Zustimmung. Wir akzeptieren den Entscheid, werden uns aber für eine konsequente Einlösung der Versprechen einsetzen. Wir protestieren energisch gegen die hinterlistige Art der Geschäftsbehandlung und verurteilen die Vorlage als Mogelpackung. Die Initiative ist glücklicherweise nachträglich für gültig erklärt worden und kommt jetzt endlich zur Abstimmung. Dem Gemeinderat ist anzurechnen, dass er die Initiative wenigstens nicht weiter verschleppt hat. Wir bedauern trotzdem, dass der Gemeinderat unserer Forderung nach einem Baustopp nicht nachgekommen ist. Es besteht die Gefahr, dass das rot-grüne Machtgehabe auch bei dieser Abstimmungsbotschaft seinen Fortgang nimmt. Wir appellieren an jene Mitglieder des Stadtrats, die sich noch frei eine Meinung bilden dürfen, den Stimmberechtigten eine objektiv verfasste Botschaft zu unterbreiten. Die Fraktionen SVP und FDP haben verschiedene Änderungsvorschläge eingebracht. Wir verlangen bloss, dass das Versprechen, die erste Bausteppe begründe kein Präjudiz für eine künftige Nutzung, auch eingehalten wird. In der Abstimmung vor einem Jahr ist nicht über die Nutzung entschieden worden, das wird erst jetzt der Fall sein. Die Überbauungsordnung sieht eine grössere Nutzfläche als heute vor, die Begrenzung auf 30% der Fläche für die soziale und kulturelle Nutzung muss auf dieser grösseren Fläche berechnet werden, woraus eine ungefähr gleich grosse Fläche für diese Art der Nutzung resultiert. Die Zukunft der Reitschule ist so oder so ungewiss, auch die Ablehnung der Initiative ändert daran nichts. Wir werden alles daran setzen, dass in der Botschaft keine Behauptungen enthalten sind, sonst wird unsere Fraktion dagegen Beschwerde führen. Eine Ablehnung unserer Anträge wäre eine politische Fehlleistung und eine Missachtung der objektiven Informationspflicht. Die Initiative wird die Stadtkasse entlasten, Investoren sind vorhanden, wollen aber noch nicht genannt werden. Die Initiative ermöglicht ein Nebeneinander von kultureller, sozialer und kommerzieller Nutzung. Ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, die Initiative zu unterstützen oder wenigstens die Botschaft im Sinne unserer Anträge abzuändern.

Für die Fraktion CVP/FPS spricht *Anton Maillard* (CVP): Die Reitschule hat in jüngster Vergangenheit eine bewegte Geschichte mit Ausschreitungen und Strassenschlachten hinter sich. Der Rat ist nun mit der zweiten Initiative beschäftigt, welche die Nutzung der Reitschule auf privater Basis regelt. Das Volk hat letztes Jahr einen Sanierungskredit von Fr. 7,74 Mio. bewilligt, in der Absicht, dass die Stadt die Bausubstanz erhalten wird und ein Nutzungskonzept ausarbeitet. Die Initiative sieht eine kommerzielle Nutzung durch Grossunternehmen

vor, die Reitschule verkäme zu einer Shoppingzone. Deshalb empfehlen wir die Initiative zur Ablehnung.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Peter Stucki* (EVP): Schon der Titel der Initiative stimmt ja nicht, man will sicher nicht die Leute dort behalten, die jetzt in der Reitschule sind und sich nicht an die Regeln und Wertvorstellungen der Initiantinnen und Initianten halten. Reitschule für alle heisst hier, dass nur Konsumentinnen und Konsumenten gesucht werden. Es soll ein Einkaufszentrum als Konkurrenz zu den Geschäften in der Innenstadt entstehen, es erstaunt mich deshalb, dass die FDP die Initiative unterstützt. Es würde Mehrverkehr in der Grössenordnung von 4000 Fahrten pro Tag anfallen, die Bevölkerung will aber keinen Mehrverkehr. Man verspricht uns Investoren, wo sind diese aber bei der Bahnhofplattform geblieben? Wir sind klar gegen die Initiative, weil wir die jetzige Nutzung an diesem Standort unterstützen. Das hat auch das Volk bestätigt. Es bliebe die Frage, wo sich die Jugendlichen sonst treffen sollten. Die Reitschule ist ein idealer Ort, um Freiräume zu entfalten. Die Reitschule ist kein rechtsfreier Raum, man hält sich vielleicht nur weniger an das Recht. Wer aber tut das schon immer und überall. Der sogenannte Schandfleck wird übrigens von unseren eigenen Jugendlichen und Leuten aus allen kulturellen Kreisen genutzt. Wir sind erstaunt, dass die Änderungsanträge zur Botschaft erst jetzt aufliegen und nicht in der PVK eingebracht worden sind, wir werden uns deshalb nicht mit Drohungen unter Druck setzen lassen.

Für die Fraktion SP spricht *Leslie Lehmann*: Der Titel der Initiative ist verführerisch, aber irreführend. Er impliziert, dass die Nutzung der Reitschule gegenwärtig nur wenigen vorbehalten ist, was nicht der Fall ist. Was die Initiative wirklich beabsichtigt, ist die jetzige Nutzung der Reitschule zu verhindern. Man kann nicht akzeptieren, dass andere Menschen auch andere Bedürfnisse haben. Die Mogelpackung ist aber glücklicherweise durchsichtig verpackt. Es sind keine InvestorInnen oder konkreten Vorschläge in Sicht. Leider können wir die Entente Bernoise aber nicht der Lächerlichkeit preisgeben, die sie verdient hätte, wir werden aber der Stimmbevölkerung das wahre Gesicht der Initiative zeigen, bevor sie darüber abzustimmen hat. Die Annahme der Initiative hätte eine Verwässerung des STEK zur Folge. Standorte für Grosseinkaufszentren sind schon festgelegt, für andere Projekte fehlen, wie schon erwähnt, immer noch die InvestorInnen. Sie hätte aber auch ein grosses Verkehrsaufkommen zur Folge, was das KÜL verunmöglichen würde. Auch das Investitionsklima in der Stadt würde verschlechtert, die Schützenmatte liegt einfach zu nahe an der Innenstadt. Das dort angesiedelte Gewerbe würde massiv konkurrenziert. Ein wichtiger Teil der Berner Kultur würde überdies zerstört. Die Reitschule hat in dieser Funktion überregionale Wirkung, sie war im letzten Jahr auch Trägerin des Kantonalen Kulturpreises. Die Initiative zeugt von Kurzsichtigkeit, Provinzialität und Kleinkariertheit, was uns aus Kreisen der SVP nicht erstaunt, von der FDP hingegen schon. Dieselbe FDP, die sich als liberal und tolerant gibt, will nun mithelfen, ein Kulturzentrum von solcher Bedeutung zu zerstören.

Für die Fraktion FDP spricht *Adrian Haas*: Die Reitschule weckt seit Jahren Emotionen und verleitet zu Interpretationen und Spekulationen. Wir halten uns daran, was im Initiativtext steht, und das ist eine Änderung der Nutzungsordnung. Wir stimmen nicht über ein konkretes Projekt ab, sondern über die Farbe, die das Areal im Nutzungszonenplan haben soll. Es steht weder ein neues Parkhaus noch ein Einkaufszentrum zur Debatte, es geht nur um zukünftige Möglichkeiten, die der Stadt eröffnet würden. Die Initiative verlangt auch keinen Rauswurf der IKUR. Die Bestimmung, wonach maximal 30% der Fläche kulturell oder sozial genutzt werden darf, bedroht die IKUR nicht. Die Annahme dieser Bestimmung liesse einen politischen Druck in der Richtung entstehen, dass der IKUR nicht mehr das ganze Gebäude zur Verfügung gestellt würde. Ein Druck für die Öffnung der Reitschule ist notwendig. Wir sind überzeugt, dass sich gewisse gewerbliche Nutzungen ohne weiteres mit einem kulturellen Betrieb vereinbaren liessen. Wesentlich ist, dass die Reitschule allen zur Verfügung steht, wir stimmen der Initiative deshalb zu.

Einzelvoten

Kurt W. Weyermann (FDP): Ich spreche hier als Co-Präsident des Abstimmungskomitees, teile aber die Meinung unseres Fraktionspräsidenten. Ich war schockiert, dass der Gemeinderat nicht eine Zeile der Initiative positiv bewertet hat. Jene Passagen, die wir nicht akzeptieren können, liegen nun als Änderungsanträge auf. Niemand will die IKUR hinauswerfen, es geht hier nur um eine Planungsvorlage. Wir sollten einfach versuchen, ein Nebeneinander möglich zu machen. Zudem verspricht die Vorlage eine Erleichterung der Stadtkasse. Im letzten Jahr wurden Fr. 7, 4 Mio. gesprochen für die Aussensanierung des Gebäudes. Wenn aber diese Fassade nach Abschluss der Arbeiten immer noch so aussieht wie heute, wird es keine zweite Etappe mehr geben. Der Stimmbürger wird das nicht mehr verstehen. Mit einer Vergrößerung der Bruttogeschossfläche wird die Fläche für die IKUR wahrscheinlich sogar grösser. Ich verstehe darum nicht, warum man vor einem Rauswurf der IKUR Angst hat.

Mario Marti (JF): Rechtlich handelt es sich bei der Initiative nur um eine Planungsvorlage, die heutige Nutzung soll ausgeweitet werden können. Insofern stimme ich mit der FDP-Fraktion überein. Ich bin trotzdem gegen die Initiative, weil sie ein falsches Zeichen setzt. Die Reitschule entspricht einem Bedürfnis der Berner Jugend, und dafür muss es in Bern Platz haben. Die Jungfreisinnigen sagen deshalb Nein zur Initiative. Das Projekt der Entente Bernoise ist auch nicht überzeugend, ein Nebeneinander ist eine Illusion. Ich will hier noch einmal meine Meinung zum Ausdruck bringen, dass das Recht auch in der Reitschule eingehalten werden muss.

Daniele Jenni (GPB): Es wurde uns nun mit viel Mühe dargelegt, dass die Initiative gar nichts ändern würde. Die IKUR dürfte bleiben, es gäbe keine weiteren Folgen ausser dem politischen Druck. Wozu dient denn die Initiative, wenn sie nichts bringt? Es wird hier eine raumplanerische Fehlplanung in Kauf genommen, um das Projekt Reitschule liquidieren zu können. Das ist verantwortungslos, gerade vom Freisinn, der Reitschule, aber auch der Stadtplanung gegenüber. Man bedient sich aller Mittel, um eine Kultur zu sabotieren, die nicht auf der eigenen Linie ist. Wir lehnen die Initiative und die Änderung der Abstimmungsbotschaft klar ab.

Thomas Fuchs (JSVP): Es freut mich, dass man sich um das Gewerbe in der Innenstadt derartige Sorgen macht. Ich versichere Ihnen, dass Investoren vorhanden sind, aus naheliegenden Gründen kann ich aber keine Namen bekanntgeben. Die Initiative gefährdet das Gewerbe in der Innenstadt nicht, wofür Lyssach ein Beweis ist.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Ich stelle fest, dass die Meinungen gemacht sind. Der Gemeinderat hat seine Haltung dargelegt und die Initiative abgelehnt. Die Reitschule soll in ihrer Art, ihrer Vielfalt und Nutzung erhalten bleiben. Die Reitschule ist ein historisches Gebäude und darüber hinaus ein Zeitzeuge für die gesellschaftspolitische Entwicklung in Bern. Was weiter mit diesem Ort passiert, ist nun in der Hand des Volkes. Wir verfügen keinen Baustopp, weil wir auch jetzt für die Sicherheit in der Reitschule verantwortlich sind. Mit den Arbeiten, die ausgeführt werden, wird kein Präjudiz geschaffen, es wird nur der wachsende Schaden aufgehalten. Seit 1990 muss etwa das Dach in der Remise West gestützt werden, und das kostet auch Fr. 4600.00 jährlich. Am 13. Juni letzten Jahres hat uns das Volk den Auftrag gegeben, mit baulichen Massnahmen die Reitschule zu erhalten. Wir debattieren heute über eine Planungsvorlage. Ich muss aber hier sagen, dass schon heute Gewerbe und Läden realisierbar wären, dazu brauchen wir die Initiative nicht. Ich bin mit Herrn Marti einverstanden, in der Reitschule passiert viel Gutes für die Jungen, und davon profitieren auch die nächsten Generationen. Die vorgesehene Bruttogeschossfläche enthält sehr viel nicht kulturell nutzbaren Raum, etwa Lager- oder Technikräume. Wenn von der verbleibenden Fläche nur noch 30% kulturell genutzt werden dürfen, dann wird diese Fläche gegenüber heute bestimmt kleiner werden. Die Vorlage führt das Volk nicht in die Irre, sie ist sehr sorgfältig ausgearbeitet worden.

Beschluss

Der Rat nimmt den Antrag des Gemeinderats, die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen, mit 45 zu 26 Stimmen an.

Detailberatung der Botschaft

Für die PVK spricht *Blaise Kropf* (JA!): Wir beantragen nur kleine Korrekturen, es handelt sich insgesamt um eine sorgfältig ausgearbeitete Botschaft. Im erwähnten Brief wird mit einer Beschwerde für den Fall gedroht, dass den Änderungswünschen des Initiativkomitees nicht entsprochen wird. Beanstandet werden die Fragen der Präjudizierung, des Anteils der kulturellen Nutzung und des Baurechts. Die PVK hat die Botschaft für gut befunden, wir lehnen deshalb die Änderungsanträge ab.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Der Gemeinderat ist bereit, den Antrag der PVK auf Seite 2 (Erklärung der Begriffe), im Sinne einer Ergänzung entgegenzunehmen. Die weiteren Anträge lehnt er ab.

Antrag der PVK zu Seite 2: Erklärung der Begriffe:

Selbständige Parkierungsanlage: für das generelle Parkieren von Autos bestimmt (z.B. Innenstadt-Parkhäuser, P+R-Parkhäuser).

Unselbständige Parkierungsanlage: dient Bewohnerinnen und Bewohnern, Nutzerinnen und Nutzern oder Besucherinnen und Besuchern eines oder mehrerer bestimmter Gebäude.

Beschluss

Der Rat heisst den Antrag stillschweigend gut.

Für die PVK spricht *Blaise Kropf* (JA!): Wir schlagen vor, im Lead die Formulierung...“eine andere Nutzung ermöglichen...” in „... eine andere Nutzung vorsieht...” zu ändern. Auch einstimmig beantragt die PVK die Änderung in „... maximal 30%...“. Der letzte Antrag, der in der PVK mit 7 zu 2 Stimmen gutgeheissen worden ist, betrifft die Aufnahme eines neuen Abschnitts betreffend den Verkehrskompromiss. Darin sollen auch die verkehrstechnischen Folgen einer Annahme der Initiative aufgezeigt werden.

Antrag der PVK zum Lead: ... , die auf dem Reitschulareal und der Schützenmatte eine andere Nutzung **vorsieht** als jene, die heute praktiziert wird.

Beschluss

Der Rat heisst den Antrag mit 64 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung gut.

Antrag der PVK zu Seite 3, linke Spalte, Absatz 1: ... sollen nur noch **maximal** 30% der möglichen Bruttogeschossfläche für soziale und ...

Beschluss

Der Rat heisst den Antrag mit 42 zu 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen gut.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 3, rechte Spalte, Absatz 1: Streichen des ganzen Absatzes.

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag mit 38 zu 27 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Antrag der PVK zu Seite 3, rechte Spalte: Einfügen neuer Absatz vor dem letzten Absatz: Ausserdem würde die Zulassung einer weitem selbständigen Parkieranlage mit 500 Autoabstellplätzen in der Innenstadt dem 1997 erreichten und von drei Vierteln der Stimmberechtigten der Stadt Bern unterstützten Verkehrskommiss widersprechen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag 38 zu 29 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 4, linke Spalte: Streichen: „Im Übrigen enthält die Überbauungsordnung – z. B. bezüglich Abgrenzung der Nutzungen – verschiedene Bestimmungen, die unterschiedliche Interpretationen zulassen.“

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag mit 35 zu 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Antrag der PVK zu Seite 4, rechte Spalte, Absatz „Parkhaus möglich“:
... Zudem erlaubt die UeO – **über die nutzungsabhängigen Parkplätze hinaus** – den Bau einer Parkanlage mit max. 500 Autoabstellplätzen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag mit 51 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 4, rechte Spalte: Streichen: „...und höchstens die Hälfte der bisherigen kulturellen Tätigkeiten zonenkonform wären.“

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag mit 41 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Antrag der PVK zu Seite 5, Titel: Streichen von „im Wortlaut“

Antrag der PVK zu Seite 5, Absatz „Idee der Initiative“: ... Dabei sollen kulturelle Veranstaltungen **in der Grossen Halle** in gleicher Weise wie heute möglich sein.

Für die PVK spricht *Blaise Kropf* (JA!): Die Streichung soll der Verständlichkeit halber erfolgen. Der zweite Antrag soll erfolgen, weil die Formulierung tatsachenwidrig ist. Weil das Initiativkomitee mit dem Antrag aber nicht einverstanden ist, hält die PVK an diesem Antrag aber nicht fest.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Wir haben den Antrag dem Komitee vorgelegt, um eine Beschwerde zu vermeiden, ich bin der PVK dankbar, dass sie ihn zurückgezogen hat. Die Formulierung im Titel sollte beibehalten werden, um dort keine Angriffsfläche für eine Beschwerde zu bieten.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag Streichen von „im Wortlaut“ mit 54 zu 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Antrag der PVK zu Seite 6, linke Spalte: Streichen des Leads

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag mit 71 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Antrag der PVK zu Seite 6, linke Spalte, 1. Lemma: Ein überörtliches Einkaufszentrum ... ist – **ist** von der Stadtentwicklung her nicht sinnvoll und auch nicht erwünscht. **Mit** den Planungen Brünen und ...
... festgelegt worden sind. **Ein Einkaufszentrum auf der Schützenmatte würde das Innenstadtgewerbe empfindlich konkurrenzieren.**

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag mit 42 zu 29 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Antrag der PVK zu Seite 6, linke Spalte, 2. Lemma: ... verbundene Verkehrsbelastung auf den Zufahrtsachsen **ist** nicht umweltverträglich; ...

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der PVK mit 42 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Antrag der PVK zu Seite 6, linke Spalte, 5. Lemma: Ganzes Lemma streichen.

Für die PVK spricht *Blaise Kropf* (JA!): Dieser Antrag war in der PVK völlig unbestritten, nicht einmal der Gemeinderat konnte sich erinnern, warum dieser Abschnitt aufgenommen worden war.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag mit 43 zu 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 6, Kasten: Streichen: „...in der Abstimmung vom 13. Juni 1999 wurde indirekt auch einem Nutzungs- und Betriebskonzept für die Reitschule zugestimmt,..."

Antrag Blaise Kropf zu Seite 6, Kasten 1. Abschnitt: Die Stimmberechtigten der Stadt Bern haben dem Kredit von Fr. 7, 74 Mio. für eine erste Sanierungsetappe in der Abstimmung vom 13. Juni 1999 in Kenntnis des bestehenden Nutzungs- und Betriebskonzepts zugestimmt, welches folgende Elemente umfasst...

Blaise Kropf (JA!): Diese Formulierung sollte nun auch mit bösem Willen unmissverständlich sein.

Kurt W. Weyermann (FDP): Bei dieser Abstimmung hat kein Betriebskonzept vorgelegen. Diese Formulierung könnte den Ausschlag für eine Anfechtung geben.

Thomas Fuchs (JSVP): Ich bitte Sie, die gestrichene Passage zu den drogenabhängigen Drogendealern ins Argumentarium für die Initiative aufzunehmen. Ihre Reaktion zeigt, dass Sie alle genau wissen, dass die hier gemachte Aussage falsch ist. Die Nutzungsfrage war gerade nicht Gegenstand der letztjährigen Vorlage. Dies kommt auch in der neuen Formulierung nicht zum Ausdruck. Die Beschwerde war keine Drohung, sondern ein Versprechen.

Ratspräsident *René Zimmermann*: Folgt man dem Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) und streicht die Formulierung, muss der Satz umformuliert werden. Wir haben nun den Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP), des Gemeinderats sowie jenen von Blaise Kropf. Ich werde den Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) jenem von Blaise Kropf gegenüberstellen, den Obsiegenden jenem des Gemeinderats.

Ueli Stückelberger (GFL): Ich beantrage, das Wort Konzept zu streichen, so dass der Satz „... in Kenntnis der bestehenden Nutzung und Betriebes...“ lauten würde.

Leslie Lehmann (SP): Wir unterstützen diesen Antrag. Ich möchte den zukünftigen Beschwerdeführern sagen, dass jene vier Punkte in diesem Kasten allesamt der Abstimmungsbotschaft der Abstimmung vom 13. Juni 1999 entnommen sind.

Adrian Haas (FDP): Es geht darum, dass man so sachlich wie möglich die Tatsachen darstellt. Sie alle wissen, dass die Stimmbürger nie über das heutige Nutzungskonzept abgestimmt haben. Ich unterstütze den Kompromissantrag von Ueli Stückelberger.

Ratspräsident *René Zimmermann:* Es scheint ein gewisser Konsens für den Antrag von Ueli Stückelberger zu herrschen. Dieser müsste dann aber in jenen von Blaise Kropf eingefügt werden. Der Text würde dann wie folgt lauten: „Die Stimmberechtigten der Stadt Bern haben dem Kredit von Fr. 7,74 Mio. für eine erste Sanierungsetappe in der Abstimmung vom 13. Juni 1999 in Kenntnis der bestehenden Nutzungen und des Betriebes zugestimmt, welches...“.

Beschluss

Der Rat stimmt dieser Formulierung stillschweigend zu.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 6, Kasten, letzter Punkt: Streichen von „Den Reitschulbetrieb führen im Auftrag der Stadt Trägerschaften, die gewährleisten können, dass die Kernpunkte des Nutzungs- und Betriebskonzepts verwirklicht werden.“

Thomas Fuchs (JSVP): Wenn uns der Gemeinderat sagen kann, wann er diesen Auftrag wem erteilt hat, würden wir den Antrag zurückziehen.

Für die PVK spricht *Blaise Kropf (JA!):* Diese Formulierung stammt aus der Botschaft der Abstimmung vom 13. Juni 1999, Seite 28.

Peter Künzler (GFL): Ich beantrage, „... im Auftrag...“ zu streichen.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg:* Eine der Trägerschaften ist die IKUR, oder die BAKIKUR.

Peter Künzler (GFL): Ich beantrage folgende Formulierung: „Den Reitschulbetrieb führen Trägerschaften, die gewährleisten können, dass die Kernpunkte des Nutzungs- und Betriebskonzepts verwirklicht werden können.“

Ratspräsident *René Zimmermann:* Wir stellen den Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) jenem von Peter Künzler gegenüber, der obsiegende jenem des Gemeinderats.

Kurt W. Weyermann (FDP): Oben haben wir das Wort „Konzept“ gestrichen, dann darf es hier nicht wieder erscheinen. Ich beantrage, aus der Formulierung von Peter Künzler das Wort Konzept zu streichen.

Peter Künzler (GFL) ist damit einverstanden.

Ratspräsident *René Zimmermann:* Wir werden über den Streichungsantrag beschliessen.

Beschlüsse

1. Der Rat lehnt den Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) mit 39 zu 32 Stimmen ab.
2. Der Rat lehnt den Antrag von Peter Künzler mit 47 zu 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 7, linke Spalte: Passage streichen: „Die Ungewissheit über die Zukunft der Reitschule würde jedenfalls noch für längere Zeit anhalten.“

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag mit 42 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Antrag Fuchs (JSVP) / Weyermann (FDP) zu Seite 7, rechte Spalte: Streichen: „Zu gegebener Zeit, frühestens aber in fünf Jahren, könnte dieser ersten Etappe dann weitere Sanierungsschritte folgen, über die das zuständige Organ (Stadtrat oder Stimmberechtigte) jedoch erst noch befinden müsste.“

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag mit 42 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Schlussabstimmung

Der Rat heisst die bereinigte Botschaft mit 47 zu 25 Stimmen bei zwei Enthaltungen gut.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *René Zimmermann*

Der Protokollführer: *Nicolas Hehl*